

Milizsystem im Kanton Zürich

(Nicht mehr) zeitgemäss?

Das Milizsystem beruht auf der Vorstellung, dass jeder Bürger und jede Bürgerin mit den entsprechenden Fähigkeiten neben- oder ehrenamtlich öffentliche Ämter und Aufgaben übernehmen sollte. Im Jahr 2013 leisteten noch 33 Prozent der Schweizer Bevölkerung 665 Millionen Stunden Freiwilligenarbeit in Vereinen und Institutionen. In 2352 Gemeinden standen 17 000 Behördenmitglieder gegen Teilentschädigungen oder Spesenersatz zur Verfügung.

Jörg Kündig, Gemeindepräsident Gossau ZH, Präsident Gemeindepräsidentenverband Kanton Zürich, Kantonsrat FDP

Das Milizsystem wird gerade auf kommunaler Ebene gerne als Erfolgsmodell bezeichnet und als eine Stärke des schweizerischen Staatswesens gepriesen. Zwischen einem idealisierten System und der dahinter verborgenen Wirklichkeit bestehen jedoch deutliche Unterschiede.

Ein funktionierendes Milizsystem setzt voraus, dass sich Bürgerinnen und Bürger in genügender Anzahl für die zahlreichen Behörden und Freiwilligenarbeit zur Verfügung stellen. Genauso wichtig wie die Anzahl ist, dass die Personen, die sich engagieren, die

nötigen Voraussetzungen bezüglich zeitlicher Verfügbarkeit, Fähigkeiten und Persönlichkeit erfüllen. Ausserdem hat sich die heutige berufliche Belastung verändert. Die zunehmend globalisierte Arbeitswelt und die neuen Kommunikationsmittel verwischen die Grenze zwischen Privatleben und Beruf zunehmend. Dies sorgt für eine sinkende Bereitschaft, die spärliche Freizeit mit ihren unzähligen Angeboten auch noch durch eine nebenamtliche Tätigkeit zu beschränken. Aber nicht nur die Freizeit wird von Miliz- und Freiwilligenarbeit betroffen, sondern grundsätzlich der Tagesablauf. Vorgesetzte Amtsstellen oder Partnerorganisationen verlangen immer mehr Präsenz während der Arbeitszeit. Vor diesem Hintergrund endet dann häufig

die zuvor grundsätzlich geäusserte Bereitschaft von Arbeitgebern, ihre Mitarbeitenden für eine Milizaufgabe freizugeben. Komplexere Problemstellungen fordern ausserdem mehr Zeit und Fachwissen. Die rasch aufkommende Kritik an der Aufgabenerfüllung und die auch im Umfeld spürbar sinkende Wertschätzung gegenüber den im Milizsystem engagierten Personen lassen sehr schnell die Frage aufkommen, ob diese Belastung weiterhin auf sich genommen werden soll.

Das Milizsystem in seinen Grundzügen ist durchaus noch zeitgemäss. Freiwilligenarbeit muss ein wichtiger Pfeiler für die Bewältigung der unterschiedlichen Herausforderungen bleiben. Allerdings sind zwingend Reformen notwendig. Es muss erklärtes Ziel

sein, dass sich ein Engagement auf der untersten Stufe unseres Staatswesens, in Verbänden und Organisationen wieder lohnt und dass Persönlichkeiten behalten und gewonnen werden können, die bereit sind, einen überdurchschnittlichen Einsatz für das Gemeinwohl zu leisten und auch Führungsverantwortung zu übernehmen. Wenn es uns nicht gelingt, mit Reformen der stattfindenden Erosion entgegenzuwirken, gefährden wir nicht nur wichtige Errungenschaften unseres Staatswesens, sondern wir müssen mit deutlich geringeren Qualitäten eines zentralistischen Apparates rechnen, der zudem noch deutlich teurer werden wird. Da passt die Zielsetzung der FDP, sich für den Gemeinsinn einzusetzen.

Der alltägliche Regulierungs- und Bürokratie-Wahnsinn

Gesetzesregulierungen und administrative Aufgaben belasten KMU stark. Diese unproduktiven Kosten reduzieren das Wirtschaftswachstum. Die Regulierungswut kostet uns jährlich rund 10 Prozent des BIP! Jeden zehnten in unserem Land erwirtschafteten Franken geben wir für Regulierungskosten aus!

Hans-Ulrich Bigler, FDP-Nationalratskandidat im Kanton Zürich

Wer unnötige Regulierungen und damit die administrative Belastung reduziert, lässt die Wirtschaft wachsen. Und dann dies: In der Schweiz leisten wir uns jährlich Regulierungskosten in der Höhe von 50 bis 60 Milliarden Franken.

Schuld an dieser Kannibalisierung der eigenen Wirtschaftskraft ist eine ausufernde Gesetzgebungsmaschinerie. Das lässt sich einfach am Beispiel des revidierten Lebensmittelgesetzes

aufzeigen. Denn seit dieses in Kraft ist, vergeuden Fleischverarbeiter und Bäcker viel Zeit und damit Geld mit Ausfüllen von Formularen. Anstatt ihre Energie auf die Produktequalität und die Lebensmittelsicherheit lenken zu können, schreiben sie minutiös die Temperaturen in sämtlichen Verarbeitungsräumen auf.

Der Gesetzgeber ist aber nicht alleine verantwortlich für die teure Regulierungslawine. Auch die Verwaltung verursacht viel unnötige Bürokratie, indem sie bei beschlossenen Gesetzen in der Umsetzung in regula-

torischen Eifer verfällt. Die Wirtschaft darf nicht immer mehr belastet werden. Jede Regulierung hat ein «Preisschild». Dieses muss bekannt sein. Denn je frühzeitiger und deutlicher die politischen Akteure über die Kostenfolgen von Regulierungen informiert sind, desto genauer überprüfen sie auch den Inhalt dieser Regulierungen.

Ein Zwischenerfolg im Kampf gegen die unnötigen Regulierungskosten war deshalb das Einlenken des Bundesrats auf die Forderung des Schweizerischen Gewerbeverbandes:

Seit zwei Jahren soll im Rahmen von Vernehmlassungsverfahren jede Regulierung auf ihre Kosten und die KMU-Verträglichkeit hin überprüft werden. Bei der Umsetzung blieb dieses Zugeständnis bisher jedoch toter Buchstabe. Deshalb braucht es eine unabhängige Stelle, welche die Messung der Regulierungskosten vornimmt und diese auch durchsetzen kann. Die FDP hat eine entsprechende Fraktionsmotion lanciert. Der Bundesrat kennt die Hebel zur Erkennung und Senkung der Regulierungskosten. Jetzt muss er handeln.